

Hessisches Landesamt für
Bodenmanagement und Geoinformation
- Bewilligungsstelle FNO -
Schaperstraße 16
65195 Wiesbaden

Antrag auf Fördermittel Nr.

zur Förderung von Ausführungsmaßnahmen in Verfahren nach dem FlurbG

1. Angaben zur Antragstellerin/zum Antragsteller

Personenident (PI) soweit vorhanden

Rechtsform natürliche Person juristische Person

Name*

Ansprechperson*

Straße, Hausnummer*

Postleitzahl, Ort*

Telefon

Fax

E-Mail

Geburts-/Gründungsdatum

Sitz des Antragstellers

Name/Sitz der Bank

IBAN

BIC

Zuständiges Finanzamt, PLZ Ort

Steuernummer

* Pflichtangaben

2. Angaben zum Vorhaben und Projekt

Im Rahmen des Vorhabens wird die Förderung des nachfolgenden Projektes hiermit beantragt.

Name des Vorhabens

Kurzbeschreibung des Projektes

3. Kosten- und Finanzierungsplan

Die Förderung der nachstehenden Maßnahmen wird hiermit auf Grundlage der Finanzierungsrichtlinie vom _____ beantragt.

Die zuwendungsfähigen Ausführungskosten des Projektes sollen wie folgt finanziert werden (Finanzierungsplan):

Kostenart	Maßnahmennummer	Gesamtkosten	Kosten-erstattung Dritter	Nicht zuwendungsfähige Ausführungskosten	Zuwendungsfähige Ausführungskosten	Zuschuss-satz	Zuschuss-anteil	Eigenleistung
		EUR	EUR	EUR	EUR	%	EUR	EUR
Summen								

4. Durchführungszeitraum des Projektes

von: bis:

- Mir ist bekannt, dass der Zahlungsantrag spätestens bis zum **15.10.** des jeweiligen Jahres vorzulegen ist.

Die zeitliche Aufteilung der geplanten zuwendungsfähigen Kosten stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Zuwendungs- fähige Ausführungs- kosten EUR	Zuschussanteil EUR	Eigenleistung EUR
Summe			

- Mir ist bekannt, dass nicht in Anspruch genommene Zuwendungen grundsätzlich am Ende des jeweiligen Bewilligungsjahres verfallen. Zuwendungen, deren Auszahlung im jeweiligen Haushaltsjahr nicht mehr möglich ist, werden grundsätzlich nicht in ein nachfolgendes Haushaltsjahr übertragen.

5. Sonstige Förderzusagen

- Sind im Rahmen des Projektes bei einer anderen öffentlichen Stelle ebenfalls Zuwendungen beantragt oder sollen Zuwendungen beantragt werden?

ja nein

Wenn ja, bei welcher Stelle:
in welcher Höhe:

- Wurden von einer anderen Stelle bereits Mittel bewilligt oder in Aussicht gestellt?

ja nein

Wenn ja, weitere Informationen zur Bewilligung (Höhe der Bewilligung, etc.):

Wenn Anträge abgelehnt wurden, ist die Begründung anzugeben.

6. Erklärung zur Vorsteuerabzugsberechtigung

- ja, ich bin vorsteuerabzugsberechtigt
- nein, ich bin nicht vorsteuerabzugsberechtigt

7. Angaben zum Maßnahmenbeginn

- Mit der Ausführung der beantragten Maßnahme(n) wurde noch nicht begonnen.
- Mit der Ausführung der beantragten Maßnahme(n) wurde begonnen, am .

8. Sonstige Hinweise und Datenschutzerklärung

- Das Merkblatt "Sonstige Hinweise und Erklärungen zu investiven Förderprogrammen im ländlichen Raum" der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) habe ich zur Kenntnis genommen.

- Die Datenschutzhinweise für Kunden und andere Betroffene der WIBank habe ich zur Kenntnis genommen.

Beide Dokumente sind auf der HVBG-Webseite im Bereich “Bodenmanagement” als Download verfügbar.

9. Erklärung

- Mir ist bekannt, dass die zuwendungsgebende Stelle die in den vorstehenden Ziffern enthaltenen Tatsachen als nach dem Zweck, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Zuwendungsvergabe sowie den sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung erheblich ansieht und deswegen auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz i.V.m. § 1 des Hessischen Subventionsgesetzes als subventionserheblich i.S.d. § 264 StGB bezeichnet, mit der Konsequenz, dass ich mich als Antragstellerin/Antragsteller und Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger wegen unrichtiger, unvollständiger oder unterlassener Angaben über diese subventionserheblichen Tatsachen wegen Subventionsbetruges nach § 264 StGB strafbar machen kann.
- Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, die Bewilligungsbehörde über die Änderung subventionserheblicher Tatsachen zu unterrichten. Vom Inhalt des § 264 StGB sowie den §§ 3 bis 5 Subventionsgesetz habe ich Kenntnis genommen.
- Mir ist bekannt, dass aus dem Antrag und dessen Ergänzungen ersichtliche Angaben/Daten von der bescheidenden Stelle beim Hessischen Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG) erfasst und an die Zahlstelle bei der WIBank, unter Berücksichtigung der IT-Sicherheitsrichtlinie der Zahlstelle, weitergeleitet werden. Die Angaben sind erforderlich, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Fördermittel vorliegen. Die Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung erfolgt zum Zweck der Nachweisführung über die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie online unter www.hvbq.hessen.de/datenschutz.

- Mir ist bekannt, dass Informationen über die Begünstigten von ELER-Mitteln auf der Internetseite der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) veröffentlicht werden (Name, PLZ, Gesamtbetrag der öffentlichen Zahlungen sowie Art und Beschreibung der finanzierten Maßnahmen). Sie bleiben vom Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung an zwei Jahre lang zugänglich.
- Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreterinnen/Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren. Hierbei können sie auch Projekte überprüfen.
- Mir ist bekannt, dass die Verwendung der Zuwendungen für den im Antrag angegebenen Zweck von der bewilligenden oder einer von ihr beauftragten Stelle überwacht wird. Eine Änderung des Verwendungszwecks bedarf der vorherigen Zustimmung der bewilligenden Stelle. Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller hat in jede von der bewilligenden oder einer von ihr beauftragten Stelle für erforderlich gehaltene Überwachung und Überprüfung einzuwilligen sowie Evaluierungen zu unterstützen. Das Prüfungsrecht gilt auch für Prüfungen der Rechnungshöfe der Europäischen Union, des Landes Hessen und des Bundes.
- Die Richtlinie des Landes Hessen für die Finanzierung in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz, von Ländlichem Wegebau und von auf räumliche und thematische Schwerpunkte beschränkten integrierten Konzepten zur ländlichen Entwicklung sowie die allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) sind mir bekannt und werden beachtet.

10. Anlagen zum Antrag

11. Mitteilungspflichten der Antragstellerin/des Antragstellers

Eine Zuwendungsempfängerin/Ein Zuwendungsempfänger ist gem. ANBest-P zu § 44 LHO dazu verpflichtet, der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzuzeigen, sofern sich Änderungen im Finanzierungsplan, beim Verwendungs- bzw. Zweck oder der geplanten Verausgabung der Fördermittel ergeben.

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

BEARBEITUNGSVERMERK		
Nur von der Bewilligungsstelle auszufüllen		
Bearbeitungsstand	Datum	Handzeichen
Posteingang		
Registrierung		
Verwaltungskontrolle – Antrag auf Fördermittel		